



BÜNDNIS DER BÜRGERINITIATIVEN

KEIN FLUGHAFENAUSBAU - FÜR EIN NACHTFLUGVERBOT



Über 80 Initiativen im Rhein-Main-Gebiet

28. Juli 2016

Pressemitteilung

„Chaos-Nacht“ am Frankfurter Flughafen Flugsicherung, Fraport AG und Wirtschaftsministerium in der Kritik

Nachdem immer mehr Informationen über die Zustände am vergangenen Freitag bekannt werden, sind kritische Anmerkungen zum Ablauf und zu den Ausnahmegenehmigungen angebracht.

Angesichts der Unwetterlage hat das Wirtschaftsministerium 76 Starts in der Zeit von 23 bis 24 Uhr genehmigt. Obwohl Fraport und Flugsicherung von Anfang an klar sein musste, dass diese große Zahl an Starts in dem Zeitraum nicht abgewickelt werden kann, hat man die Passagiere einsteigen lassen und in dem Glauben gelassen „Wer einsteigt wird auch fliegen.“ Nach diesem Versagen der Flugdisposition ging das für den Bereich Operations zuständige Fraport-Vorstandsmitglied Anke Giesen sogleich in den Angriffsmodus über und forderte eine flexiblere Handhabung der Ausnahmeregelungen, um von den selbst verschuldeten Fehlern abzulenken.

Das Wirtschaftsministerium muss sich fragen lassen, wie es dazu kommen konnte, diese große Zahl an Starts zu genehmigen. Die Durchführung aller Starts hätte zu einer Flugzeugfolge von unter einer Minute geführt. Praktisch nicht realisierbar und unter Sicherheitsaspekten höchst bedenklich. Die offenbar unkritische Genehmigungspraxis muss im Ministerium aufgearbeitet werden und zu einer Begrenzung der Zahl der Ausnahmegenehmigungen auf eine tatsächlich durchführbare Anzahl von Starts führen.

Am Freitagabend konnte die Startbahn West wegen des Nordwinds nicht genutzt werden und die Kapazität sank auf 40 Starts pro Stunde. Gewitterbedingt wurde auch die Zahl der Landungen auf 40 pro Stunde reduziert. Die Zahl der verlässlich durchgeführten Flugbewegungen lag demnach bei nur 80 je Stunde. Von dieser verlässlichen Kapazität ist künftig bei der Flugplangestaltung nach 20 Uhr auszugehen, um einen ordnungsgemäßen und passagierfreundlichen Flugbetrieb zu gewährleisten, der um 23 Uhr endet. Eine Ausweitung der Zeit, bis zu der Ausnahmegenehmigungen erteilt werden können, wäre Flickschusterei und löst das Problem bei gewittrigen Wetterlagen nicht.

„Auch wenn man kein Anhänger von Verschwörungstheorien ist, liegt doch der Verdacht auf der Hand, dass die Situation am Freitagabend für einen konzertierten Angriff auf das ungeliebte Nachtflugverbot genutzt wurde. Es ist verständlich, dass ein Passagier die Nerven verlor als er merkte, dass er zum Spielball der Interessen der Luftfahrt geworden ist.“ so Thomas Scheffler, Sprecher des BBI Bündnis der Bürgerinitiativen. „Bei jeder Gelegenheit wird von den Beteiligten betont, dass die Regelungen des Planfeststellungsbeschlusses aus 2007 gelten und strikt beachtet werden müssen. Deshalb fordern wir, dass auch die Regelungen zu den Ausnahmegenehmigungen ebenso strikt eingehalten werden - auch mit schmerzhaften Eingriffen in den Flugbetrieb, die jedoch kaum mit der unzumutbaren Störung der nächtlichen Ruhe zehntausender Anrainer des Flughafens vergleichbar ist und die daher auch hinzunehmen sind“

Das „Bündnis der Bürgerinitiativen - Kein Flughafenausbau - Für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr“, kurz: BBI, ist ein Zusammenschluss von mehr als 80 Initiativen. Das Bündnis streitet für die Wiedergewinnung und den Erhalt der Lebensqualität der Menschen im Rhein-Main-Gebiet. Es setzt sich für die Schaffung einer lebenswerten Region ein und fordert den Schutz der Menschen vor den schädlichen Auswirkungen des Luftverkehrs und erklärt sich solidarisch mit allen von Verkehrslärm betroffenen Menschen. Das Bündnis fordert einen verantwortungsvollen Umgang mit der Mobilität. Die gemeinsamen Ziele sind:

- Verhinderung des Ausbaus des Frankfurter Flughafens und anderer Flughäfen in der Region. Kein Terminal 3.
- Schaffung von nächtlicher Ruhe durch ein absolutes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr.
- Schaffung von rechtlich einklagbaren Grenzen der Belastung für die Bürgerinnen und Bürger.
- Verursachergerechte Zuordnung von Kosten auf die Luftverkehrsindustrie; Stopp der Subventionen.
- Verringerung der Flugbewegungen auf maximal 380.000 pro Jahr und Reduzierung der bestehenden Belastungen durch Fluglärm, Luftverschmutzung und Bodenverbrauch durch Flugverkehr im Rhein-Main-Gebiet.
- Stilllegung der Landebahn Nordwest.

Kontakt: Thomas Scheffler, Bündnissprecher, scheffler@flughafen-bi.de Telefon 06145 502150